

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Herausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat
(davon 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
jährlich. Postbezugs 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbescheidgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeilenbreite 30 Pf.
Reklamierliste 2.-M. Ermäßigungen nach Tarif. Postbescheid:
„Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 530. — Der Verlag
behält sich das Recht der Ablehnung nicht garantierter Aufträge vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Gesamtsprecher: Dönhofs (A 7) 292-297

Brüning spricht in Genf

Er fordert allgemeine gleiche Abrüstung und gleiche Sicherheit

Herr Brüning hat heute in Genf die Rede gehalten, die an seiner Stelle und in dieser Situation jeder politisch unterrichtete Deutsche ebenso gehalten hätte. Sie war stark pazifistisch, so daß man im Zweifel darüber sein kann, ob Herr Brüning nach ihr noch Aussicht hat, in die Reichswehr aufgenommen zu werden, aber sie war so richtig, und Herr Broener selbst hätte sie auch nicht anders halten können.

Daß der Anspruch auf völlige Gleichberechtigung erhoben wurde, war selbstverständlich, selbstverständlich war die Warnung von den verhängnisvollen Folgen eines Mißerfolgs dieser Konferenz, selbstverständlich war auch die kleine Verbeugung vor der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die vielleicht etwas tiefer geworden wäre, wenn die englische Arbeiterpartei noch in der Regierung säße. Sehr gut war die Bemerkung über die Notwendigkeit der Herstellung des allgemeinen Vertrauens — nur ist hinzuzufügen, daß die deutsche Regierung dazu auch etwas mehr beitragen könnte, wenn sie den Mut hätte, der verbrecherischen Nationalisten hehe klar und fest entgegenzutreten.

Die Genfer Konferenz befindet sich im Stadium der Prinzipienklärungen, das für stillistisch begabte Geheimräte ohne jede Schwierigkeit ist. Das Stadium der politischen Entscheidungen, die große Prüfung für Staatsmänner kommt erst später.

Genf, 9. Februar.

Vor der Abrüstungskonferenz hielt heute

Reichskanzler Brüning

folgende Rede:

Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde ersehnt. Zum erstenmal in der Geschichte sehen sich hier die Regierungen vor unausweichliche Aufgaben gestellt, in gemeinsamer Arbeit einen sinnvollen, gerechten und umfassenden Plan für eine durchgreifende, auf der Basis völlig gleicher Rechte und Pflichten aufgebaute Abrüstung zu schaffen und seine Verwirklichung zu sichern. Die Stunde für die Beratungen ist gut gewählt, denn die Auffassungen der Menschheit sind ohne Zweifel in der Abrüstungsfrage in einem bedeutsamen Wandel zu fortschrittlicherer und veredelterer Form zwischenstaatlichen Denkens und Handelns begriffen. Daher sind die sehnsüchtigen Erwartungen ungezählter Millionen der Besten aus allen Völkern auf diese Beratungen und ihre Ergebnisse gerichtet. Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten. Die geschichtliche Größe dieser Aufgabe wird vielleicht in künftigen Zeiten erst in ihrer vollen Tragweite erkannt werden, sowohl im Falle des Erfolges wie des Mißerfolges.

Kommt ein Mißerfolg, was Gott verhüten möge, so würde die Menschheit zu spät in unerträglichem Leiden begreifen lernen, daß sie eine gute Stunde schuldhaft versäumt hat.

Trifft aber das ein, was wir aus ganzem Herzen herbeisehnen, so werden die Geschichtsschreiber der späteren Zeit sagen können, daß das Zeitalter der Zusammenfassung der Welt durch die Technik dem Zeitalter der Abrüstung und des Ausbaues eines Friedens, durch das Recht des Friedens, der auf Recht und Gerechtigkeit beruht, den Weg bereitet hat. (Beifall.)

Das Friedenswort, das mit der Gründung des Völkerbundes eingeleitet werden sollte, und durch spätere Akte, wie dem Kellogg-Pakt, weitergeleitet wurde, ruft gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgedankens als seiner naturgemäßen Vollendung und Krönung.

Die verantwortliche freiwillige Abrüstung aller Staaten ist neben der großzügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Krieges, die den Wiederaufbau der Welt fördern, der wichtigste und dringendste Schritt, um die von der Katastrophe des Weltkrieges in ihr Lebensmark getroffene Menschheit zu neuer Gründung und neuem Aufstieg emporzuführen. (Beifall.)

Wir alle gehören nach der Generation an, für die der Weltkrieg unmittelbares persönliches Erlebnis war. Unseren Frontkämpfern von ehemals steht sein Bild in seiner ganzen Furchtbarkeit unverwischbar und unverlierbar vor Augen. Wird dieses Bild, diese Erinnerung im Geiste

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Bürgersteuer erleichtert

Ein Erfolg der Sozialdemokratie

Vom 10. Februar ab tritt eine bedeutende Erleichterung bei der Bürgersteuer der Kurzarbeiter und aller anderen niedrig entlohnten Arbeiter und Angestellten ein. Diese Arbeiter haben künftig nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu zahlen. Das ist der Inhalt der zweiten Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1931, die in den nächsten Tagen veröffentlicht wird.

Künftig sind alle Arbeitnehmer, die keine Lohnsteuer zu zahlen brauchen, weil ihr Lohn den steuerfreien Betrag nicht erreicht, nur noch mit dem halben Satz der Bürgersteuer heranzuziehen. Bisher galt der halbe Satz nur für diejenigen, die im Jahre 1930 lohnsteuerfrei waren. Nun gilt er für alle, die jetzt wegen ihres geringfügigen Einkommens lohnsteuerfrei sind. Wer also keine Lohnsteuer zahlt, bis jetzt aber — wie in Berlin und in diesen anderen Städten — im ganzen 18 Mark, oder wenn er verheiratet ist, 27 Mark Bürgersteuer abführen mußte, braucht künftig nur noch 9 Mark bzw. 13,50 Mark zu zahlen. Arbeitnehmer, die bisher nur den halben Steuersatz zu entrichten hatten, erhalten keine weitere Ermäßigung. Sie zahlen nach wie vor den halben Satz der Bürgersteuer.

Bevor die Verordnung in Kraft treten kann, ist die Zustimmung des Reichsrats erforderlich. In dieser Zustimmung ist jedoch nicht zu zweifeln, sie wird in den nächsten Tagen erfolgen. Damit die Ermäßigung schon bei den Lohnzahlungen nach dem 10. Februar durchgeführt werden kann, ist der Entwurf der Verordnung bereits jetzt den Steuerbehörden mitgeteilt worden.

Die Verordnung ist das Ergebnis von Verhandlungen, die von der Sozialdemokratie, des Zentrums und aller Spitzenverbände der Gewerkschaften zu Ende geführt worden sind. Ein weiterer Gegenstand dieser Verhandlungen war die völlige Befreiung der Kurzarbeiter und aller anderen niedrig entlohnten Arbeitnehmer, die weniger verdienen, als die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung in den einzelnen Gemeinden ausmachen. Solche Befreiungen sind von der sächsischen Regierung durch Verordnung vom 13. Januar 1932 den sächsischen Gemeinden nahegelegt worden. In dieser Verordnung heißt es:

„Bei Personen, die nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen zur Zahlung der Bürgersteuer tatsächlich außerstande sind, kann die Beitreibung unterbleiben, wenn sie von vornherein ausfiel. Weisen Arbeitnehmer, für die eine Steuerart ausgestellt ist, der Gemeindebehörde im Einzelfalle nach, daß die Bürgersteuer z. B. infolge langer Arbeitslosigkeit, wegen besonders stark verkürzter Arbeit, Krankheit oder besonders hoher Kinderzahl nicht oder nicht voll beiträglich sein würde, wenn sie nicht Lohnempfänger wären, so kann der Gemeinderat die Bürgersteuer ganz oder teilweise erlassen. In diesen Fällen wird dem Gesuchsteller zweckmäßigerweise ein kurzer schriftlicher Bescheid erteilt, aus dem sich die Zeit, auf welche der Erlass ausgesprochen wird, und seine Höhe — ob Voll- oder Teilerlass — ergibt. Händigt der Arbeitnehmer den Bescheid dem Arbeitgeber aus, so hat dieser von dem Bürgersteuerabzug in dem auf dem Bescheid angegebenen Umfang abzusehen.“

Dem Vorgehen der sächsischen Regierung hatten sich andere Städte, wie München-Gladbach, Zell, Karlsruhe usw. angeschlossen. Sie verzichteten auf die Einziehung der Bürgersteuer, wenn das Einkommen der Kurzarbeiter die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung nicht übersteigt. Der Reichsfinanzminister Dietrich erklärte sich in den Verhandlungen mit dieser völligen Befreiung von der Bürgersteuer unter der angegebenen Voraussetzung einverstanden. Er will mit dem Deutschen Städtetag und den anderen kommunalen Spitzenverbänden eine dahingehende Vereinbarung treffen.

Gestützt auf das Beispiel der sächsischen Regierung ist es also den Vertretern der Spitzenorganisationen gelungen, eine weitere für die Kurzarbeiter bedeutsame Zusage von dem Reichsfinanzminister zu erhalten. Das Beispiel der sächsischen Regierung ist ein wichtiger Hinweis, auf welche Weise die Gemeinden die Arbeitnehmer von der Bürgersteuer freistellen können, deren Einkommen die Wohlfahrtsätze nicht überschreitet. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher müssen nunmehr dafür sorgen, daß die Möglichkeit zur Befreiung der Kurzarbeiter von der Bürgersteuer im vollen Umfange durchgesetzt wird.

Harzburg in Not.

Hindenburg oder Hitler? — Fric als Strohmann für Hitler?

Der Bundesvorstand des Stahlhelms tritt heute vormittag zwecks Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl in Berlin zusammen. Schon vor mehreren Tagen hat er die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten zu einer klaren Entscheidung in dieser Frage, und zwar in der Richtung aufgefordert, ob sie für oder gegen Hindenburg sind. Der Stahlhelm selbst wird sich für Hindenburg entscheiden, während sich Hugenberg für die Deutschnationalen nach den neuesten Versionen auf die Seite der Nazis schlagen will.

Die Nationalsozialisten steuern auf eine eigene Kandidatur los. Im Brauen Haus werden bereits alle Vorbereitungen zu den bevorstehenden Wahlen getroffen. Millionenbeträge sollen zu diesem Zweck zur Verfügung stehen. Hitler hat deshalb in der am 3. Februar stattgefundenen Sitzung der Gauleiter und Nazi-Reichstagsfraktion angekündigt, daß eine Propaganda nach amerikanischem Muster betrieben werde, wie sie Deutschland noch nicht gesehen habe. Die Gauleitertagung endete mit dem förmlichen Beschluß, daß im zweiten Wahlgang für die Reichspräsidentenschaft Hitler kandidieren und im ersten Wahlgang Fric (!) als Hitlers Schrittmacher auftreten soll.

Hitler wohnt heute wieder im Hotel Kaiserhof in Berlin.

Das tödliche Gas.

Zwei Opfer eines Unglücksfalles.

Offenbar durch Unachtsamkeit ist gestern in der Bogenstraße ein schweres Gasunglück verursacht worden. In ihrer Wohnung wurden dort der 58 Jahre alte Arbeiter Karl Schure und seine um einige Jahre jüngere Frau durch Gas vergiftet bewußlos aufgefunden. Die Bemühungen der Feuerwehr waren nur bei der Frau von Erfolg. Wie die polizeiliche Untersuchung ergeben hat, liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. Die Leiche des Mannes wurde beiseitegenommen.

Der Unfall, der sich gestern auf der Bühne des Primus-Palastes in der Urbanstraße in Reutlin abspielte, hat glücklicherweise kein Todesopfer gefordert. Die Artistengruppe probte auf der Bühne in einem mit Wasser gefüllten Glasbehälter, der durch einen danebenstehenden Ofen mit Holzkohlenfeuer leicht erwärmt wurde. Durch ausströmende Kohlenoxydgase wurden die Artisten, ein Mann und drei Frauen, plötzlich befaßt. Drei von ihnen, der Kräftige Otto Heinemann und die Artistinnen Violetta Günther und Susanne Embrach, mußten durch die Feuerwehr ins Urbanstranzenhaus gebracht werden. Das Befinden der Verunglückten hat sich inzwischen soweit gebessert, daß keine Gefahr mehr besteht.

Hunderttausend

haben schon allein in Berlin ihr Bekenntnis für Republik und Demokratie abgelegt

Hunderttausende

müssen folgen! Zeige auch DU Opferwillen und Bekenntnis! Die Rüstwoche geht weiter! Trage dich NOCH HEUTE in das

Eiserne Buch ein. Frauen,

auch ihr dürft nicht fehlen! SAMMELSTELLEN in allen Bezirken der Stadt. Gausammelstelle: Potsdamer Straße 131. Sammelstelle des Jungbanners Friedrichshain: Gr. Frankfurter Str. 41-42

